

Newsletter Januar 2025

Monsheim - das gallische Dorf im Wonnegau Nein zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen in Rheinland-Pfalz

Ein frohes neues Jahr an alle unsere Mitglieder. Das Jahr ist neu, die Herausforderungen nicht ...

Mittlerweile berichten die Medien immer häufiger über wiederkehrende Straßenausbaubeiträge und regelmäßig ploppen Zeitungsartikel auf, in welchen Politiker und Städtebund verdeutlichen, das wiederkehrende Straßenbeiträge das „kleinere Übel“ seien. Der Geldtopf ist leer, die Kommunen sind unterfinanziert, der Hausbesitzer muss bluten. Aber nur ein bisschen... alles nicht so schlimm? Genau das sollen uns die Artikel suggerieren.

Am 18.12.2024 wurde der Haushalt der Stadt **Worms** beschlossen. Er enthält 40 Millionen Euro Neuschulden und den dringlichen Hilferuf in Richtung Land und Bund, um mehr Geld und Unterstützung. Begründet ist das Defizit hauptsächlich in den Pflichtaufgaben im Bereich Soziales. Im letzten Newsletter hatten wir bereits festgestellt, das Rheinland-Pfalz kein armes Bundesland ist. Wir gelten als Geberland im bundesweiten Finanzausgleich. Deutschland als Gesamtes gesehen ist Vizeweltmeister, was die Steuerlast angeht, und trotzdem werden die Kommunen und Städte nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln versorgt.

So wie es in Worms aussieht oder noch schlechter, geht es vielen anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Tatsächlich argumentiert der Gemeinde- und Städtebund, dass es allen anderen Bundesländern besser ginge, nur Rheinland-Pfalz sei unterversorgt. *„Er (Moritz Petry, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebunds (GStB)) warnt vor der finanziellen Belastung der Kommunen im Land, die in der Regel schlechter ausgestattet seien als in den anderen Bundesländern.“*

[Großer Protest in Monsheim gegen Straßenausbaubeiträge](#) (Link zum vollständigen Bericht)

Der Landesregierung nun auch noch die Sanierung der Straßen zuzumuten, führt zu weiterem Substanzverlust bei der Infrastruktur, so Herr Petry. Denn, was soll man stattdessen liegen lassen? Die Straßen werden saniert, darunter leiden jedoch andere Projekte. Wäre das Geld nicht besser in den Nahverkehr investiert? Oder in Schulen und KiTas?

*Der GStB sieht die Gefahr, dass bei einer Abschaffung ohne Kostenerstattung durch das Land Ausbau- und Erneuerungsmaßnahmen noch stärker von der Finanzlage der Kommunen abhängen und in Konkurrenz zu anderen wichtigen Vorhaben, wie beispielsweise der Ausbau der Kindertagesbetreuung oder die Digitalisierung, stehen. Bei einer Abschaffung würden den Kommunen laut GStB circa **600 Millionen Euro** fehlen, die vom Land verlässlich und dauerhaft getragen werden müssten, wie der kommunale Spitzenverband klarstellt.*

Klingt alles logisch?

Erstmal ist diese nicht totzukriegende Mondzahl von **600 Millionen Euro** bereits mehrfach als utopisch eingestuft worden - unter anderem vom Bund der Steuerzahler. Diese Zahl wird regelmäßig in den Ring geworfen, aber niemand kann Belege für dessen Richtigkeit vorlegen. Es ist nicht nachvollziehbar wieso ausgerechnet Rheinland-Pfalz das 3–4-fache an Mitteln benötigt, wie andere Bundesländer. Wir sind weder das größte Bundesland noch das Bundesland mit den meisten Straßenkilometern.

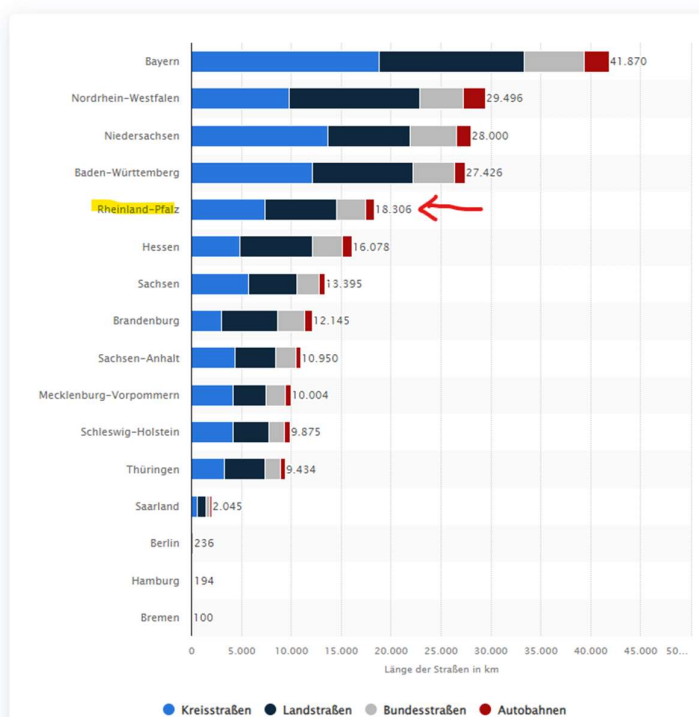
Zum Vergleich:

Bayern

Zur Entschädigung für den Einnahmeausfall können die Gemeinden Anträge beim Land stellen, wofür seitdem im Landeshaushalt jährlich mindestens **65 Mio. Euro** zur Verfügung stehen.

2023

(in Kilometer)



Nordrhein-Westfalen

Ca. **120 Mio Euro** wurden 2018 für Sanierungen veranschlagt. Seit 28.02.2024 sind die wkB in NRW komplett abgeschafft. Straßensanierungen werden vom Land bezahlt.

Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem noch nie Straßenausbaubeiträge erhoben wurden. Städte und Gemeinden erhalten vom Land kilometerabhängige Zuweisungen für die Unterhaltung von Straßen in ihrer Baulast in Höhe von insgesamt **44,5 Mio. Euro**.

Wir stellen also fest, dass Straßen in Rheinland-Pfalz scheinbar vergoldet werden. Oder versucht uns hier der Gemeinde- und Städtebund (GStB) abzuschrecken?

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge sind das „kleinere Übel“ und sozial verträglich:

1. Wer wird belastet?

Laut Herrn Petry ist es sozialverträglicher (das kleinere Übel) alle Hausbesitzer einer Abrechnungseinheit zur Kasse zu bitten, statt nur die Anlieger der sanierten Straße. Beiträge zwischen 400 und 800 Euro (Beispiel **Monsheim** 2024) seien doch überschaubar. *(Tatsächlich lagen die Beiträge zwischen 400 und 9000 Euro und man muss auf dem Radar haben, das dieses kleine Übel nun mit jeder Sanierung erneut auf dem Tisch liegt – Anmerkung des Vereins)*

Wir sagen:

Der Erneuerungsbedarf kommunaler Straßen hat in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Straßenausbaubeiträge sind deshalb **für Hausbesitzer** immer häufiger zur Existenzbedrohung geworden. Dass immer mehr Straßen erneuert werden müssen, liegt auch an einer Vielzahl von gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. Unsere Städte und Siedlungen klimafit und klimaresilient zu gestalten, die Verkehrswende umzusetzen, der vermehrte Ausbau von Wärmenetzen im Zuge der Wärmewende, der demografische Wandel und der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum – **all das sind Herausforderungen, denen sich die kommunale Daseinsvorsorge stellen muss und die auch den Sanierungsbedarf kommunaler Straßen steigert.** Aber die Aufrechterhaltung und zukunftsfähige Transformation der Infrastruktur ist eben auch genau das: Die Grundversorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen – also kommunale Daseinsvorsorge. Sie ist nicht die Pflicht Einzelner. Und von fiktiven Wertsteigerungen einer Immobilie haben selbstnutzende Wohneigentümer keinen Vorteil.

2. Wie sieht es mit der Instandhaltung aus?

Wir können hier nur von Monsheim reden, aber wir mutmaßen mal, dass es in anderen Kommunen ähnlich aussieht. Jahrzehntlang wurde nicht instandgehalten. Das Budget für Reparaturen lag bei ca. 2000 Euro im Jahr. Was und wie viel man mit so viel Geld reparieren kann überlassen wir der Fantasie.

So viel zur Fantasie und hier die Realität. Im Jahre 1975 hat sich das OVG NRW mit dieser Problematik beschäftigt und in einem Urteil folgende Entscheidung getroffen:

Sofern die Gemeinde eine Straße weder ordnungsgemäß unterhalten noch instandgesetzt hat und deshalb eine Erneuerung notwendig wird, sind Straßenausbaubeiträge nicht möglich. Die Gemeinde kann nämlich durch laufende Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten die Lebensdauer einer Straße erheblich verlängern (OVG NRW, Urteil v. 21.04.1975 – II A 1112/73, KStZ 1976, S. 16). – Sofern die Straße durch die laufende Unterhaltung und Instandsetzung in einem ordnungsgemäßen Zustand gehalten werden kann, darf sie die Gemeinde nicht zu Lasten der Grundstückseigentümer erneuern (OVG NRW, Beschluss v. 31.08.1983 – 2 A 1373/82).

Ab jetzt wird es interessant, wie die Gemeinde mit dem immensen Haushaltstitel die regelmäßige Instandhaltung nachweisen kann.

Manche Kommunen kommen ihrer Instandhaltungspflicht nach und belasten ihre Bürger nur im äußersten Notfall – und auch nur dann, wenn in Bürgerversammlungen vorher auf den unumgänglichen Neubau der Straße hingewiesen und die Folgen aufgezeigt wurden. **Andere Kommunen lassen ihre Straßen bewusst „verlottern“, da sie wissen, dass die Bürger bei einem später erforderlichen Neubau in die Pflicht genommen werden.**

Hierfür bedanken wir uns bei den gewählten Vertretern und den Ratsparteien.

Moritz Petry, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebunds (GStB)
Rheinland-Pfalz:

„Ein vollständiger Verzicht auf diese Beiträge würde die Situation für die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die ohnehin in großer Finanznot sind, zusätzlich erschweren. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Menschen vor Ort häufig den schlechten Straßenzustand beklagen und Besserung erwarten“, erklärt Petry. „Nicht alles, was wünschenswert erscheint, ist kurz- oder mittelfristig finanzier- und umsetzbar. Auch Straßenausbau gibt es nicht zum Nulltarif. Die Nutzer müssen angemessen beteiligt werden, ohne sie zu überfordern.“

(Nicht alle Nutzer, nur diejenigen, die ein Haus besitzen)

Ernsthaft?

Wieso wird immer wieder die leere Staatskasse vorgeschoben? Der Staat erklärt sich für Bankrott, trotz hoher Steuerlast, aber die Einschränkung von Steuerverschwendung scheint kein Thema zu sein. Immer wieder versucht man uns einzureden, dass es keine andere Lösung gibt. Doch! Die gibt es, aber die Politiker wollen sie nicht nutzen!

Wieso reden wir nicht mal über eine gerechte Besteuerung für Alle? Oder über die Verfolgung von Steuerbetrug??

EXKLUSIV Spahns Maskenkäufe

Bund drohen Milliarden-Zahlungen

Stand: 21.06.2024 17:55 Uhr

Ein neues Urteil im Streit über Corona-Masken-Geschäfte gibt den Lieferanten Recht. Die Kosten, die noch auf die Steuerzahler zukommen könnten, haben sich enorm erhöht. Nach Recherchen von NDR, WDR und SZ beträgt der Streitwert nun 2,3 Milliarden Euro.

Auch der letzte Beschuldigte geht straffrei aus Bleibt die Masken-Affäre ohne Folgen?

Die Ermittlungen gegen den Ex-CDU-Abgeordneten Mark Hauptmann wurden eingestellt. Nun will die Ampel schärfere Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung.

Kriminelle Firmen beschäftigen nicht nur Staatsanwälte, auch die Staatskasse wird bei Insolvenzen häufig in Mitleidenschaft gezogen. Im Fall Wirecard geht es um riesige Summen - mit Potenzial für jahrelange steuerliche Verwicklungen. Besonders bitter: Die Details werden wir wohl nie erfahren.

WIRTSCHAFT | DEUTSCHLAND

Studie: Ohne Reichensteuer fehlen 380 Milliarden Euro

Andreas Becker
02.07.2024

Die Aussetzung der Vermögenssteuer seit 1997 hat Deutschland rund 380 Milliarden Euro gekostet, so eine neue Studie. Die Angst, dass Reiche bei einer Wiedereinführung das Land verlassen, sei unbegründet.

Die entgangenen Einnahmen von rund 380 Milliarden Euro entsprechen rund 80 Prozent des **Bundeshaushalts von 2024**, der Ausgaben von rund 477 Milliarden Euro vorsieht.

Gleichzeitig seien die **Vermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 um rund 460 Milliarden Euro gewachsen**, heißt es in der Studie.

Liebe Politiker, solange ihr unser Geld und unser Vertrauen derart inflationär verspielt, haben WIR kein Verständnis dafür, das ihr uns für eure Misswirtschaft zur Kasse bittet!

Wir stellen kein Bemühen der Landesregierung zur Entlastung des Bürgers fest. Stattdessen werden unsere Kommunen ausgehungert, so dass diese gezwungen sind an den Stellschrauben Gewerbe- und Grundsteuer zu drehen und Straßenausbaubeiträge sind nur eine weitere Bankrotterklärung des politischen Willens. Im „Namen des Volkes“ wird Wohneigentum für viele Familien zunehmend zum unkalkulierbaren Risiko. Ältere Menschen sehen ihr Lebenswerk gefährdet, weil die Politik nicht in der Lage ist im Sinne des Bürgers zu wirtschaften.

Gegenüber *Merkurist* sagt er (Moritz Petry): „Es ist nachvollziehbar, dass Zahlungspflichten gegenüber dem Staat bei den betroffenen Personen keine Begeisterungsströme auslösen.“

Initiativen wie in Monsheim seien aber in Rheinland-Pfalz die Ausnahme. Stattdessen nehme der GStB mit der flächendeckenden Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge deutlich weniger Skepsis oder Widerstände vor Ort wahr, so Petry.

Da haben wir das Problem in einem Satz!!!

Solange der Städte- und Gemeindebund, wie auch unsere aktuelle Landesregierung keinen deutlichen Gegenwind zu spüren bekommen, wird sich nichts ändern. Die paar Leutchen, die da aufmucken... nicht nennenswert, eine Ausnahme!

Wenn wir ernstgenommen werden möchten, müssen wir uns stärker vernetzen!!! Wir müssen gemeinsam gegen Straßenausbaubeiträge aufstehen. Als Einzelgruppen werden wir übersehen und zur Seite gewischt. Allein sind wir eine „Ausnahme“, zusammen sind wir stark.

Und hier sind wir als Verein gefragt. Wir haben in den letzten beiden Wochen viel Unterstützung aus anderen Ortschaften und Städten in der Pfalz bekommen und begrüßen unsere neuen Mitglieder aus:

Goddert, Limburgerhof, Neidenfels, Offstein, Trier und Wirges

Unser Verein wird sich in den nächsten Wochen auf die Vernetzung mit anderen Betroffenen fokussieren.



Im Gegensatz zu Nordrhein- Westfalen ist eine Volksinitiative zu Finanzfragen und Abgabengesetze in Rheinlandpfalz nicht gestattet (Artikel 108a Landesverfassung). Wir mussten leider lernen, dass uns eine großangelegte Unterschriftensammlung, wie wir sie zuerst ins Auge gefasst hatten, nicht weiterbringen wird. Daher möchten wir uns – wie vom Bund der Steuerzahler vorgeschlagen – auf eine starke Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das direkte Gespräch mit den Politikern konzentrieren.

Letzteres haben wir bereits in Angriff genommen. Wir haben Kontakt zu mehreren Bundestagsabgeordneten der CDU aufgenommen und uns wurde bereits Unterstützung zugesagt. Warum die CDU? Ist der Verein politisch? Ganz klares Nein!

Als Verein sind wir politisch wertefrei, jedoch muss man ganz deutlich sagen das eine Fortsetzung der Ampelkoalition oder eine neue Koalition mit dominierender roter oder grüner Beteiligung die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge weiterhin verhindern wird, während CDU, FDP, freie Wähler und AFD sich zur Abschaffung bekannt haben.

Wir geben jetzt und auch in Zukunft keine Wahlempfehlungen, jedoch sollten die Fakten bekannt sein.

Da wir also mit einer Unterschriftensammlung nicht weiterkommen werden, bleibt uns nur der Weg über die Öffentlichkeit. Wir müssen zeigen, dass wir keine Ausnahmeerscheinung sind.

Der Bund der Steuerzahler hat mit Haus & Grund Rheinland-Pfalz und dem Verband Wohneigentum Rheinland-Pfalz eine Verbände-Allianz gegründet, um die gemeinsamen Interessen zu bündeln. Wir haben Kontakt zu den Verantwortlichen und stehen im Austausch.

Außerdem möchten wir den Vorschlag von Herrn H. aus Wirges aufgreifen und Herrn Blaschke für einen Artikel über unseren Verein und unser Thema in der Zeitschrift „das Grundstück“ grünes Licht geben. Vielen Dank für die Initiative.

Einige neue Mitglieder haben uns von den Umständen in ihrer Kommune berichtet. Wir möchten euch ermuntern dies weiterhin zu tun. Sendet uns eure Fragen, euer Feedback, gerne auch eure Kritik. Nur so können wir dazulernen und uns gegenseitig unterstützen.

Je mehr Betroffene zusammenfinden, umso eher werden wir wahrgenommen. Bitte erzählt von uns im Bekanntenkreis und falls ihr von Ortschaften wisst, die ebenfalls betroffen sind, ladet sie gerne zu uns ein.

Für den Herbst planen wir ein Treffen aller BI, zu dem wir auch Vertreter aus der Politik einladen möchten. Wir informieren euch rechtzeitig über Zeit und Ort.